

AKTUELL

JAHRESBERICHT DES CELPL

Neue Aufgaben

Melanie Czarnik

Der CELPL, Luxemburgs externe Kontrollinstanz für Orte des Freiheitsentzugs, hat seinen Jahresbericht 2025 vorgestellt. Neben Mängeln in Gefängnissen und psychiatrischen Einrichtungen kündigt er darin für dieses Jahr eine Erweiterung des Mandats an.

„Einen Menschen seiner Freiheit zu berauben, erfordert, seine Würde umso strenger zu achten“, mit diesem Zitat eröffnet der aktuelle Jahresbericht der Contrôle externe des lieux privatifs de liberté (CELPL). Die externe Kontrollinstanz nimmt Orte des Freiheitsentzugs wie Gefängnisse und psychiatrische Einrichtungen unter die Lupe. Im Rahmen dieser Funktion führt der CELPL regelmäßige Besuche an den verschiedenen Orten durch, um Folter sowie anderen grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Strafen oder Behandlungen vorzubeugen und schlägt der Regierung Verbesserungen vor. Vergangenen Donnerstag fasste Ombudsman Claudine Konsbruck mit den Prüferinnen des CELPL dessen Aktivitäten im vergangenen Jahr zusammen und gab einen Ausblick für das laufende Jahr. Zwei wesentliche Änderungen prägten 2025: Im März zog das Büro in seine neuen Räumlichkeiten in die Route d'Arlon, einen Monat später löste Claudine Konsbruck ihre Vorgängerin Claudia Monti im Amt des Ombudsmans ab.

Darüber hinaus veröffentlichte die Kontrollinstanz mehrere Berichte. Vergangenes Jahr kontrollierte sie mehrere Einrichtungen, darunter zum ersten Mal das Gefängnis für Personen in Untersuchungshaft „Uerschterhaaf“. Hier bestehe Verbesserungsbedarf bei der Aufnahme, der Gesundheitsversorgung und den Haftbedingungen. Im Folgebericht für die Sicherheitseinheit „UNISEC“ des Jugendheims „CSEE“ fiel die Bilanz gemischter aus. So habe sich im Heim die Atmosphäre spürbar verbessert; das therapeutische Angebot bleibe jedoch unzureichend. Ein eigenes Themendossier widmete sich dem geplanten Jugendgefängnis und plädierte für halboffene Vollzugsformen. Zur Einschätzung der Situation bei zwangseingewiesenen psychiatrischen Patienten wurde zudem ein Gutachten zusammen mit dem deutschen Experten Tilman Steinert erarbeitet (woxx 1853), das gravierende Defizite enthüllte. Laut Bericht sei der CELPL nach Veröffentlichung von mehreren Akteuren aus der Praxis kontaktiert worden. Die Gespräche haben gemeinsame Herausforderungen aufgezeigt und den Bedarf an mehr Wissensaustausch und einheitlicheren Verfahren

in der Psychiatrie deutlich gemacht. In Bezug auf die Reformierung des Jugendrechts kritisierte der CELPL unter anderem den automatischen Transfer junger Erwachsener in Erwachsenengefängnisse sowie unzureichende Personalqualifikationen.

Einen Folgebericht gab es auch zur Situation von Frauen im Gefängnis, die nur rund zehn Prozent der Gefängnisbevölkerung ausmachen (woxx 1882). Die Infrastrukturen im einzigen Frauenblock des „Centre pénitentiaire de Luxembourg“ stufte der CELPL als inadäquat ein, der Zugang zu psychiatrischer Versorgung als ungleich gegenüber Männern. Die seit Jahren ausstehende Umsetzung des Gefängnisreformgesetzes von 2018 bleibt ein roter Faden in diesem Bereich, weshalb der CELPL dessen Verabschiedung dringend fordert.

Ausblick für 2026

Für 2026 ist unter anderem eine Erweiterung der Zuständigkeiten für den Ombudsman und die Prüferinnen des CELPL vorgesehen. Ein Gesetzesvorschlag, der im April dieses Jahres von Dan Biancalana (LSAP) eingereicht wurde, schlägt künftig auch die Kontrolle von Orten des faktischen Freiheitsentzugs vor. Dies betrifft Graubereiche, in denen Menschen zwar nicht formal eingesperrt, aber de facto nicht frei sind: etwa Alten- und Pflegeheime, Behinderteneinrichtungen, Kinderheime, aber auch alle Patient*innen psychiatrischer Einrichtungen und nicht nur jene, die zwangseingewiesen werden. Der CELPL begrüßt die Initiative und schlägt zusätzliche Anpassungen vor, darunter eine Sanktionsmöglichkeit bei Behinderung seiner Arbeit sowie eine verbindliche Pflicht zur Stellungnahme kontrollierter Einrichtungen.

Während der Gesetzesvorschlag noch auf seine Abstimmung wartet, kommt zudem eine neue Aufgabe durch den im Juni in Kraft getretenen Europäischen Migrations- und Asylpakt (siehe hierzu das Dossier der letzten Ausgabe, woxx 1891) hinzu: Jeder EU-Mitgliedstaat muss künftig einen unabhängigen Mechanismus einrichten, der überwacht, ob bei dem sogenannten Screening-Verfahren die Grundrechte eingehalten werden. In Luxemburg wird der CELPL diese Rolle übernehmen. Einen ersten Besuch gab es vergangenen Montag; der Bericht soll demnächst folgen. Damit kontrolliert die Instanz erstmals Bereiche mit Asylbewerber*innen – eine erhebliche Erweiterung des bisherigen Mandats.

SHORT NEWS

Reegelwierk fir d'Liicht Sprooch

(mc) – Leschten Dënschdeg huet den Zenter fir d'Lëtzebuurger Sprooch (ZLS) seng éischt Broschür fir d'Liicht Sprooch Lëtzebuergesch mat Reegelen a Recommandatiounen fir eng inklusiv Kommunikatioun ouni sproochlech Barrière publizéiert. De Kulturminister Eric Thill beziechent d'Liicht Sprooch am Pressecommuniqué als e „konkreete Schrëtt a Richtung méi Inklusioun a méi Chancëgläichheet“. Liicht Sprooch ass eng inklusiv Manéier Texter zu schreiwen, déi esou opgebaut sinn, datt d'Lieser*innen all Informatiounen séier an direkt verstinn. Dëst Zil gëtt ënner anerem erreecht, andeems een einfach a geleefeg Wieder benotzt a schwéier Begrëffer direkt erkläert. D'Sätz solle kuerz an de Sazbau einfach sinn. Och de Layout, Biller a Piktogrammer an d'Gréisst vun de Buschtawen spillen eng signifikant Roll. D'Liicht Sprooch déngt virun allem dozou, administrativ Texter mä och aner relevant Informatiounen wéi Norichte fir Leit mat Liesproblemer accessibel ze maachen. Dozou gehéiere Leit mat enger intellektueller Beanträchtegung, enger Demenz, enger Aphasie oder enger Séibeanträchtegung – awer och Ufänger*innen am Lëtzebuergesch. Laut ZLS ass d'Nofro no Texter a Liichter Sprooch an allen dräi offizielle Sproochen an de leschte Jore massiv geklomm. Dofir huet den ZLS zesumme mat Expert*innen a Liichter Sprooch a mat Berodung duerch Leit mat intellektuelle Beanträchtegungen elo dës Broschür erausginn.

Acier : gros profits et petites ambitions climatiques

(fg) – Ils sont favorables aux objectifs de réduction des émissions de CO₂ de l'UE et ils y ont beaucoup investi, disent-ils. Mais maintenant, cela leur coûte trop : ArcelorMittal, Voestalpine et ThyssenKrupp Steel ont uni leur plume cette semaine pour lancer « un appel commun en faveur d'une réforme urgente et pragmatique du système communautaire d'échange de quotas d'émission » (Seqe). Pour ces trois géants de l'acier, qui rappellent représenter 60 % de la production européenne, il faut bloquer l'augmentation du coût du Seqe, car il renchérirait le prix de l'acier européen de 50 % d'ici à 2030. « La trajectoire actuelle risque de détruire le tissu industriel européen », avertissent-ils, alors que la question de la souveraineté industrielle européenne se trouve au cœur des débats. L'argument avancé demeure inchangé : l'acier européen n'est pas compétitif sur un marché mondial où la concurrence n'est pas soumise « à un coût carbone équivalent ». La solution ? Attendre « jusqu'à ce que les éléments clés permettant une décarbonation économiquement viable soient en place ». ArcelorMittal avait déjà annoncé une réduction de ses objectifs climatiques, mais aussi des délocalisations conséquentes de ses activités européennes vers l'Inde, après avoir multiplié ses profits par 2,5 en 2025 (3,15 milliards de dollars). Idem pour Voestalpine et ThyssenKrupp Steel, qui ont vu leurs profits décoller l'an dernier. À eux seuls, ils ont cumulé plus de 8 milliards de profits et offert de confortables dividendes à leurs actionnaires. Apparemment insuffisant.

Neue Gentechnik-Regeln in der EU

(ja) – Am vergangenen Mittwoch stimmte das EU-Parlament für eine Schwächung der Regeln zur Gentechnik. Sogenannte „neue genomische Techniken“ (NGT) – allen voran die „Genschere“ Crispr-Cas – fallen demnach nicht mehr unter die strengen Kennzeichnungspflichten, die für „traditionelle“ Gentechnik bestehen. Das Argument, das Industrie, Kommission und am Mittwoch auch eine rechte Mehrheit im Parlament benutzten: mit NGT-veränderte Pflanzen seien von konventioneller Züchtung nicht zu unterscheiden. Paradoxiertweise gilt dies aber nur bis zu einer Anzahl von 20 veränderten Genen. Bei bestimmten Eingriffen – zum Beispiel dem Einfügen von Bakterien-Genen zur Produktion von Schädlingsbekämpfungsmitteln – gilt automatisch eine Kennzeichnungspflicht. Obwohl das Parlament ursprünglich ein Verbot von Patenten auf gentechnisch verändertes Saatgut gefordert hatte, gibt es nun nichts derartiges mehr. NGOs wie etwa „Corporate Europe Observatory“ befürchten, dass die Anzahl der Patente steigen und das zu gewaltigen Problemen für kleine Landwirt*innen und Züchter*innen führen wird. Vor der Abstimmung hatten viele NGOs, darunter auch das Bündnis „Meng Landwirtschaft“ und die „Vereenigung fir Biolandwirtschaft Lëtzebuerg“, die Abgeordneten deshalb aufgefordert, die neuen Regeln abzulehnen. Mit geringem Erfolg. Die Luxemburger EU-Abgeordneten waren gespalten: Charles Goerens (DP), Martine Kemp und Isabel Wiseler-Lima (beide CSV) stimmten für die neuen Regeln, während Tilly Metz (Déi Gréng), Marc Angel (LSAP) und Fernand Kartheiser (ADR) dagegen stimmten.